

trierungen 150 000 fl. beantragt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle, über die vorigjährige Bewilligung nicht hinauszugehen. Mit Zustimmung des k. u. k. Reichskriegsministers bleibt diese Post in suspenso.

Ebenso werden Post 22 Mehrererfordernis für größere bauliche Herstellungen und Ameliorierungen 100 000 fl. nach einer Bemerkung des kgl. ung. Finanzministers Wekerle, daß sich die nötigen Herstellungen vielleicht doch billiger beschaffen ließen, ferner

Post 23 Mehrererfordernis für Reiseauslagen und Telegrammgebühren, im ganzen 52 000 fl., mit Rücksicht auf die in jüngster Zeit erfolgte Herabsetzung der Tarife und

Post 24 Brot- und Futterzubeßen 165 000 fl. in suspenso belassen.

Bei Post 25 Erhöhung der Futtergebühr für sämtliche Reitpferde während zweier Sommermonate 186 000 fl. beantragt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle in Konsequenz des zu Post 21 gefaßten Beschlusses und mit Rücksicht auf das Sinken der Haferpreise eine Herabminderung dieses Betrages. Die Beschlußfassung über diese Post wird in suspenso gelassen.

Post 27 Mehrererfordernis im Titel XXIII „Mannschaftskost“ infolge der eingetretenen Preissteigerung 755 937 fl. und Post 28 Mehrererfordernis an Unterkunftsauslagen infolge der seit dem 1. Jänner 1891 stattgehabten Änderungen in den Bequartierungsverhältnissen 193 628 fl. werden angenommen.

Post 29 Mehrererfordernis infolge der geringeren Ersparung durch administrative Maßregeln 266 594 fl. wird, als mit den übrigen Posten zusammenhängend, in suspenso belassen.

Zu Punkt j) dieser Post lenkt der k.-k. Finanzminister Steinbach die Aufmerksamkeit der Kriegsverwaltung auf die Möglichkeit größerer Ersparungen durch Verwaltungsinterkalare.

Die Sitzung wird sonach geschlossen und die Fortsetzung für morgen 11 Uhr Vormittag anberaunt.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 20. Juni 1892. Franz Joseph.

Nr. 58 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 8. Mai 1892

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (10. 5.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry (14. 6.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (11. 5.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (13. 5.), der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn (13. 5.), der kgl. ung. Finanzminister Wekerle (1. 6.), der k. k. Finanzminister Steinbach (13. 5.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager v. Szögyény-Marich (19. 5.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (24. 5.), der k. u. k. Sektionschef Ritter v. Röckenzaun, der k. u. k. Marineoberkommissär Fehr.

Protokollführer: Sektionsrat Jettel.

Gegenstand: Delegationsvorlagen.

KZ. 25 – RMRZ. 374

Protokoll des zu Wien am 8. Mai 1892 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.

Nachdem der Vorsitzende die Verhandlung eröffnet, kommt der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer auf die gestern in suspenso gelassenen Posten des Ordinariums des Heereserfordernisses zurück und erklärt sich zu folgenden Herabminderungen bzw. Streichungen bereit:

Post 2 Standeserhöhungen bei der Infanterie- und der Jägertruppe,

a) Standeserhöhung der Infanteriekompagnien wäre auf ein Viertel des ursprünglichen Ansatzes, in runder Summe auf 553 490 fl., herabzusetzen,

b), c) und d) zu streichen,

e) Erfordernis für 2300 Zöglinge der Kadettenschulen auf die Hälfte, rund auf 160 056 fl. zu reduzieren,

f) zu streichen.

Post 4 Aufstellung von fünf Kader für mobile Belagerungsbatterietruppen wäre mit dem unter Post 29 anzuführenden Abstriche im vollen Betrage von 28 283 fl. zu belassen.

Bei Post 11 wäre für ein Remontendepot der Betrag von 52 466 fl. einzustellen.

Der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn spricht sich für die Einstellung dieses Betrages aus, da sonst zu befürchten stünde, daß im Kriegsfall ein geeignetes Pferdmaterial nicht zu finden ist.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle spricht sich neuerdings gegen diese Post aus, hielte es aber für angezeigt, wenn künftighin ein größerer Teil der nötigen Militärpferde in Galizien angekauft würde, um die Pferdezucht in diesem Lande zu heben.

Die Konferenz beschließt, diese Post vorläufig in suspenso zu belassen.

Post 15 Mehrererfordernis infolge der teilweisen Besetzung der im militärärztlichen Offizierskorps bestehenden Abgänge wäre auf den Betrag von 57 824 fl. herabzumindern.

Sektionschef Ritter v. Röckenzaun gibt die nötigen Aufklärungen und weist darauf hin, daß die militärärztliche Branche die einzige sei, welche nicht auf den systemisierten Stand gebracht ist.

Die Konferenz erklärt sich mit der Einstellung des obigen Betrages unter Vorbehalt des unter Post 29 zu berechnenden Interkalares nur unter dem weiteren Vorbehalte einverstanden, daß diese Bewilligung nicht als ein Präjudiz für die Besetzung aller systemisierten Stellen anzusehen sei.

Post 16 Erhöhung der einzuberufenden Reservisten der Sanitätstruppe,

Post 21 Erhöhung des Erfordernisses für Waffenübungen und Konzentrierungen,

Post 23 Mehrererfordernis an Reiseauslagen und Telegrammgebühren und Post 25 Erhöhung der Futtergebühr wären zu streichen, dagegen Post 22 Mehr-

erfordernis für größere bauliche Herstellungen und Ameliorierungen und Post 24 Brot- und Futterzubußen in dem präliminierten Betrage zu belassen.

Endlich erhöht sich Post 29 Mehrererfordernis infolge der geringeren Ersparung durch administrative Maßregeln mit Rücksicht auf die bisher gefaßten Beschlüsse auf 359 014 fl.

Die Konferenz einigt sich dahin, über diese Vorschläge erst nach Feststellung des Extraordinariums endgiltig Beschluß zu fassen.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer trägt sohin die Ansätze des Extraordinariums vor, wie sich dieselben nach den neuerdings vorgenommenen Herabminderungen oder Streichungen darstellen.

Bei Titel I Sanitätswesen wäre Post 1 zu streichen, die Posten 2 Beschaffung von Sanitätsmaterial zur Aufstellung eines Feldspitals und 3 Beschaffung von Sanitätsfuhrwerken zu belassen.

Der k. k. Finanzminister Steinbach macht darauf aufmerksam, daß es sich hier um zwei ganz neue Einrichtungen handle, und fragt an, ob nicht eine der beiden Anschaffungen vertagt werden könnte.

Nachdem der k. k. Sektionschef Ritter v. Röckenzaun dargelegt, daß die Beschaffung von Sanitätsfuhrwerken unbedingt notwendig sei, wird Post 2 gestrichen und Post 3 mit dem beantragten Betrage eingestellt.

Titel II Post 1 Beschaffung von Repetiergewehren und Karabinern, dritte Rate wird nach dem Antrage des Reichskriegsministers mit dem reduzierten Betrage von 2 000 000 fl. eingestellt, ebenso die Post 2 Beschaffung von Brisanzgeschossen für die stahlbronzenen Belagerungsgeschütze und Post 3 Umwandlung des Materials der reitenden Batterien mit den reduzierten Beträgen von je 100 000 fl., ferner Post 4 Verstärkung der Armierung einiger fester Plätze und Post 5 Einführung eines rauchlosen Pulvers, dritte Rate mit den ursprünglich beantragten Ansätzen.

Bei der letzteren Post fragt der k. k. Finanzminister Steinbach an, ob die Gerüchte über die angebliche Dekomposition des rauchlosen Pulvers begründet seien.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer erwidert, daß in dieser Richtung allerdings Anstände vorgekommen seien. Die Dynamitfabrik Nobel habe schlechteres Material verwendet, andere Maschinen benützt, mit den Arbeitskräften gespart und dergleichen. Die Sache wurde jedoch sofort untersucht und die konstatierten Übelstände wurden abgestellt.

Titel III Beschaffung zerlegbarer Eisenbahnbrücken, dritte Rate,

Titel IV Beschaffung von transportablen Feldbahnmaterialien und

Titel V Beschaffung einer neuen Sprengmittelausrüstung für die technischen Truppen, dritte und letzte Rate werden ungeschmäliert und

Titel VI Komplettierung der Augmentationsvorräte an Montur und Rüstung für die im Jahre 1890 errichteten 14 Batterien mit dem vom Reichskriegsminister auf 43 460 fl. herabgeminderten Betrage eingestellt.

Bei Titel VII Beschaffung von Trainmaterial, erste Rate und Titel VIII Beschaffung neuer Proviantfuhrwerke beantragen die beiden Finanzminister

eine Verteilung dieser Anschaffungen auf 4 Jahre, so daß für 1893 nur die Hälfte des präliminierten Betrages eingestellt würde.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer behält sich hierüber seine Äußerung vor.

Bei Titel IX Anschaffung tragbarer Zelte, erste Rate bemerkt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle, daß nach den erteilten Aufklärungen der für diese Anschaffung allmählich einzustellende Gesamtbetrag hinreichen würde, um Zelte für eine Million Mann herzustellen. Da es aber nicht vorauszu- sehen sei, daß in einem Feldzuge die ganze Armee biwakieren werde, so würde es wohl genügen, nur für 500 000 Mann Zelte anzuschaffen und die Kosten auf sechs Jahre zu verteilen, so daß in das nächstjährige Budget nur 300 000 fl. eingestellt würden.

Der k. k. Finanzminister Steinbach schließt sich diesen Ausführungen an und bemerkt, daß zunächst nur die in erster Linie in Frage kommenden Truppenkörper mit Zelten beteiligt werden sollten.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer behält sich die definitive Antragstellung vor.

Titel X Beschaffung von Sprengmunition wird gestrichen.

Titel XI Beschaffung der Ausrüstung für den Kavallerietelegraphen, dritte und letzte Rate wird angenommen; ebenso Titel XII Ergänzung des Eifelbrückenmaterials mit dem reduzierten Betrage von 25 000 fl.

Titel XIII Nachschubskonserven mit der eingestellten Summe,

Titel XIV Vermehrung der Reservevorräte an Zwieback und Konserven mit dem reduzierten Betrage von 142 000 fl.,

Titel XV Umsetzung der Vorsichtsvorräte an Zwieback und Fleischkonserven mit den im vorigen Jahre eingestellten Betrage von 858 000 fl.

Titel XVI und Titel XVII mit dem ganzen Betrage, Titel XVIII Neubau und Einrichtung von technischen Werkstätten beim Eisenbahn- und Telegraphenregimente mit dem herabgeminderten Betrage von 30 000 fl.

Titel XIX Beschaffung transportabler Isolierbaracken^a, Titel XX Neuauflage des Bibliothekskataloges der Kriegsarchives werden gestrichen.

Bei Titel XXI Bauten, a) Gebäude für Truppen und Heeresanstalten werden die Posten 1, 2, 5 und 6 mit den präliminierten Beträgen, Post 3 mit dem reduzierten Betrage von 20 000 fl. und Post 4 mit dem reduzierten Betrage von 15 000 fl. angenommen.

Titel XXII Erwerbung und Einrichtung von Schießplätzen wird, nachdem der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer diese Mehrforderung mit der vermehrten Tragweite der neuen Waffen und der Notwendigkeit erhöhter Schutzvorrichtungen motiviert hat, angenommen; ebenso Titel XXIII.

Bei Titel XXIV Neubau des Garnisonsspitals in Budapest führt der k. k. Finanzminister Steinbach aus, daß die Herstellung von Trup-

^a *Randbemerkung Bauers* Isolierbaracken sind nicht gestrichen worden (bezugnehmend auf Bogen 2, Seite 2 des Protokolls vom 7. Mai).

penspitälern nach dem Einquartierungsgesetze¹ dem Lande obliege, während die erweiterten Bedürfnisse eines Garnisonsspitals allerdings aus dem Budget für die gemeinsamen Angelegenheiten zu bestreiten wären, so daß also hier nur die daraus resultierende Differenz eingestellt werden könnte. Die k. k. Regierung könne sich prinzipiell nur auf diesen Standpunkt stellen und sei bereit, denselben unter der Voraussetzung der Reziprozität auch in künftigen ähnlichen Fällen einzunehmen. Anderenfalls könnte die Angelegenheit nur im Wege einer Transaktion geordnet werden.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle erklärt sich mit dieser Auffassung einverstanden.

Nachdem sohin der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer zugestimmt, daß diese Post in Anhoffung einer Verständigung über die diesfalls einzuhaltenden Grundsätze gestrichen werde, geht die Konferenz zur Beratung der übrigen Titel des Extraordinariums über.

Bei Titel XXV zweite Bauraten wird Post 1 auf 130 000 fl. herabgesetzt, Post 2 unverändert belassen.

Titel XXVI wird auf 50 000 fl. herabgemindert, die Titel XXVII, XXVIII, XXIX werden unverändert angenommen.

Titel XXX Kompletierung von 20 Infanterieregimentern auf den normalen Friedensstand erhöht sich mit Rücksicht auf die Streichung der Standeserhöhung bei Post 2 des Ordinariums auf 632 000 fl.

Bei Titel XXXI Überstandführung von Subalternoffizieren kommt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle auf seine bei der vorjährigen Budgetberatung gegen diese Post geltend gemachten Bedenken zurück.²

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer weist auf das unumgängliche Bedürfnis hin, für den Mobilisierungsfall das nötige Offiziersmaterial sicherzustellen.

Über Antrag des kgl. ung. Finanzministers wird sohin unter dieser Post „für eine weitere Erhöhung der Subalternoffiziere“ der Betrag von 530 000 fl. eingestellt.

Bei Titel XXXII Fortsetzung von 2100 überkompletten Kavalleriereitpferden und Ankauf von 1008 Pferden, erklärt sich der k. u. k. Reichskriegsminister Freiherr v. Bauer zu einer Reduktion auf 709 500 fl. bereit.

Der Ankauf der Pferde sei deshalb notwendig, weil mit dem verfügbaren Reste an Pferdmaterial das 42. Kavallerieregiment dotiert wurde und diese Lücke nunmehr ausgefüllt werden muß. Die Konferenz beschließt, diese Post vorläufig in suspenso zu belassen.

Titel XXXIII wird unverändert angenommen.

Bei Titel XXXIV Forterhaltung von 1 548 überkompletten Artilleriepferden und 1134 Soldaten, dann einmalige Auslagen aus Anlaß der neuerlichen Stan-

¹ GA. XXXVI vom Jahre 1879 über die Einquartierung der gemeinsamen Armee (Kriegsmarine) und der Landwehr. MAGYAR TÖRVÉNYTÁR 1879–1880 148–178.

² Vgl. GMR. v. 21. 9. 1891, RMRZ. 371.

deserhöhung beantragt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle, den gegenwärtigen Stand aufrechtzuerhalten, die beantragte Standeserhöhung jedoch aufzuschieben.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer macht die Notwendigkeit der Gleichstellung der drei auf den normalen Stand gebrachten Batteriedivisionen mit den anderen geltend, wonach diese Post mit dem auf 744 500 fl. herabgeminderten Betrage angenommen wird.

Bei fortgesetzter Beratung werden die Titel XXXV, XXXVI, XXXVIII, XXXXI, XXXXII, XXXXIII und XXXXIV unverändert angenommen, die Titel XXXXVI und XXXXVII gestrichen und die übrigen Titel nach den Anträgen des Reichskriegsministers mit den folgenden herabgeminderten Beträgen eingestellt.

Titel XXXVII	420 000 fl.
Titel XXXIX	271 560 fl.
Titel XXXX	40 000 fl.
Titel XXXXV	130 540 fl.

Nach dem gegenwärtigen Stande der Beratungen würden sonach von dem beantragten Mehrerfordernisse per gestrichen, u. zw.:

im Ordinarium	3 757 917 fl.
im Extraordinarium	3 205 211 fl.
so daß das angenommene Mehrerfordernis	4 876 102 fl.

beträgt, während die Schlußfassung über einen Betrag von 1 256 175 fl. vorbehalten bleibt.

Der k. k. Finanzminister Steinbach glaubt rücksichtlich dieses letzteren Betrages auf die bedeutenden Opfer aufmerksam machen zu sollen, welche die Valutaregulierung der Monarchie auferlegen wird, und auf die sich daraus ergebende Notwendigkeit, in allen Gebieten die äußerste Sparsamkeit walten zu lassen.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle schließt sich diesen Ausführungen an. Man werde demnächst genötigt sein, zur Deckung des Erfordernisses Steuererhöhungen ins Auge zu fassen, und es müsse daher aus finanzpolitischen wie aus wirtschaftlichen Gründen getrachtet werden, das Mehrerfordernis im Heeresbudget auf das unumgänglich Notwendige einzuschränken.

Die Konferenz behält sich vor, in der morgigen Sitzung die noch bestehenden Differenzen auszugleichen, und geht zur Beratung des Marinebudgets über.

Nachdem der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck die einzelnen Posten des Mehrerfordernisses eingehend erörtert, weist der kgl. ung. Finanzminister Wekerle darauf hin, daß nach dem vorliegenden Präliminare das Mehrerfordernis etwa 10% des im vorigen Jahre bewilligten Betrages ausmachen würde, also wesentlich mehr als im Heeresbudget, u. zw. seien es größtenteils Auslagen für Personalgebühren,

um welche es sich handle. – Man könne äußerstenfalls etwa 400 000 fl. als Mehrerfordernis bewilligen.

Der k. k. Finanzminister Steinbach tritt dieser Auffassung bei und beantragt, den Bau eines der neu anzuschaffenden Schiffe zu vertagen.

Der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck erklärt sich schließlich bereit, auf Grund einer Gesamtbewilligung von 450 000 fl. für Mehrerfordernisse in der morgigen Sitzung einen neuen Entwurf vorzulegen.

Die Voranschläge des k. u. k. gemeinsamen Finanzministeriums und des k. u. k. gemeinsamen Obersten Rechnungshofes geben keinen Anlaß zu einer Bemerkung.

Was den Okkupationskredit anbelangt, regt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle die Frage an, ob nicht eine weitere Herabminderung derselben erzielt werden könnte.

Die Konferenz beschließt, hierüber im Zusammenhange mit den im Kriegsbudget offengebliebenen Fragen gelegentlich der morgigen Beratung schlüssig zu werden.

Der Vorsitzende bringt sohin den Voranschlag des Ministeriums des Äußern zur Beratung und bemerkt, daß das Mehrerfordernis sich hauptsächlich aus zwei Posten zusammensetze, nämlich aus der Eliminierung der 5% Abzüge bei den in Gold zu bezahlenden Bezügen der Konsularfunktionäre und aus der ersten Rate für den Bau und die Einrichtung des Sommerpalastes in Jeniköi. Der Vorsitzende gibt hierüber die nötigen Aufklärungen und fügt bei, daß sich voraussichtlich in der nächsten Zeit auch die Notwendigkeit des Ankaufes eines Palais für die Botschaft in London ergeben werde. Es sei aber in Aussicht genommen, den nötigen Betrag aus den gemeinsamen Aktiven vorzustrecken und nur die für die Verzinsung und Amortisierungen desselben nötigen Summen jeweilig in den Voranschlag einzustellen.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle beantragt, denselben Vorgang auch bezüglich der Adaptierung des Palais in Jeniköi einzuhalten und die erste Beurate pr. 150 000 fl. sonach zu streichen.

Die Konferenz tritt diesem Antrage bei und spricht sich auch für die Streichung des Betrages von 32 260 fl. (Einstellung der Perzentualabzüge bei den Konsulargehalten) aus, da konsequent eine gleiche Maßregel auch bei den diplomatischen Gehalten getroffen werden müßte, was eine ziemlich bedeutende Mehrforderung zur Folge hätte.

Nachdem sich der Vorsitzende mit diesen Abstrichen einverstanden erklärt hatte, wird die Sitzung geschlossen und die Austragung der noch unerledigt gebliebenen Fragen für die morgige Sitzung vorbehalten.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 20. Juni 1892. Franz Joseph.